

AHV-Sicherung: FBP bringt neue Vorschläge

Für die Sicherung der AHV in Liechtenstein gibt es mehrere Szenarien. Eines dieser Szenarien, die Erhöhung des Rentenalters, hat die FBP bereits im Januar abgelehnt. Laut einer Mitteilung favorisiert die FBP-Fraktion einen «dreiteiligen Lösungsvorschlag», wie es heisst. Zum einen sollen die Finanzzuweisungen des Landes an die finanzstarken Gemeinden gekürzt werden. Zweitens fordert die FBP die Senkung der Krankenkassenprämien durch Erhöhung des Staatsbeitrages an die Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP). Zum Dritten sollen die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge an die AHV erhöht werden. Diese Erhöhung werde mit der Erhöhung des Staatsbeitrages an die OKP kompensiert, da damit die Krankenkassenprämien sinken werden. Die Erhöhung des Staatsbeitrages für die OKP soll wiederum mittels Kürzung der Finanzzuweisungen des Landes an die finanzstarken Gemeinden gegenfinanziert werden. So werde erzielt, dass zum einen ein Grossteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch die Arbeitgeber nicht stärker belastet werden und zum anderen der Export von Steuergeldern ins Ausland nicht weiter erhöht werde, schreibt die FBP. (vb) **3**

FBP will AHV-Beiträge erhöhen

Die FBP-Fraktion will die AHV mit höheren Beiträgen der Arbeitnehmer und -geber sichern. Dafür soll die Krankenkassenprämie sinken.

Patrik Schädler

«Je näher der Wahlkampf 2020/2021 rückt, desto häufiger und kreativer könnten die Ideen noch werden», sagte der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler bei der Überweisung des Postulats «Verantwortungsvoller Umgang mit staatlichen Überschüssen und Reserven» im September 2019.

Die Kreativität kann man der FBP-Fraktion beim jüngsten

AHV: Warum braucht es Massnahmen?

Der Landtag hat bei der letzten AHV-Revision 2016 festgelegt, dass die Regierung mindestens alle fünf Jahre ein versicherungstechnisches Gutachten einholt. Dabei soll die Entwicklung der nächsten 20 Jahre geprüft werden.

Wenn die Prüfung für diesen Zeitraum ergibt, dass das Vermögen der AHV-Anstalt unter das Fünffache der Jahresausgaben fallen könnte, muss die Regierung dem Landtag Massnahmen vorschlagen.

Und das erste Gutachten vom Dezember 2019 zeigt, dass die AHV zwar in den nächsten 20 Jahren allen Verpflichtungen nachkommen kann, doch die Reserven werden im Jahr 2038 nur noch etwas mehr als vier Jahresausgaben betragen.

Hinweis

Mehr dazu: vaterland.li/407670

Vorschlag zur langfristigen Sicherung der AHV nicht absprechen. Bereits im Januar hat die Bürgerpartei erklärt, dass eine Rentenerhöhung mit ihr nicht zu machen sei. Als Alternative schlägt sie nun vor, die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmerbeiträge an die AHV zu erhöhen. «Dies jedoch nicht als alleinige Massnahme, da die damit einhergehende Erhöhung der Lohnnebenkosten sowohl für die Arbeitnehmer als auch für die Wirtschaft nachteilig wäre», schreibt sie in einer Mitteilung. Um die entstehenden Mehrkosten abzufedern, schlägt sie deshalb vor, den Staatsbeitrag an die Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) zu erhöhen. Damit würden die Krankenkassenprämien sinken. Unter dem Strich sollen damit gemäss dem Urheber des Vorschlags, Wendelin Lampert, «kein Grossteil der Arbeitnehmer, aber auch die Arbeitgeber nicht stärker belastet werden».

Vaduz und Schaan sollen die Idee finanzieren

Das Geld für dieses Vorhabens will die FBP mit einer Kürzung der Finanzzuweisungen des Landes an die finanzstarken Gemeinden wieder hereinholen. Dieser Vorschlag ist nicht neu. Regierungschef Adrian Hasler ist mit diesem Ansatz im November 2018 im Landtag schon einmal abgeblitzt. Primär betroffen von dieser Massnahmen wären die Gemeinden Vaduz und Schaan. Ihnen würden damit insgesamt etwa 20 Millionen jährlich zugunsten des

Staatshaushaltes entzogen. Zu Recht findet Wendelin Lampert: «Es kann ja nicht sein, dass die Gemeinden Einkaufsgutscheine an die Bevölkerung verschenken und wir im Landtag ernsthaft über eine Erhöhung des Rentenalters diskutieren.»

Zahlen will die FBP noch keine nennen

Konkrete Zahlen zum Vorschlag will Wendelin Lampert zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht nennen: «Wir werden die Lösung im Rahmen der Landtagsdebatte im März genauer vorstellen.» Doch wie stark der AHV-Beitrag erhöht werden muss, kann man bereits im Bericht und Antrag von Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini nachlesen: «Ein Verzicht auf die Erhöhung des Rentenalters um ein Jahr müsste durch eine Erhöhung der Beitragsätze um 0,6 Prozentpunkte kompensiert werden.» Ein Arbeitnehmer müsste damit beim Medianlohn von 6603 Franken (Lohnstatistik) pro Monat knapp 20 Franken mehr in die AHV einzahlen. Den gleichen Zusatzbeitrag müsste auch der Arbeitgeber beitragen. Um diese Zusatzkosten über die Krankenkassenprämien auszugleichen, müsste der OKP-Staatsbeitrag um jährlich mindestens 15 Millionen erhöht werden.

VU-Präsident bezeichnet Idee als «Salto mortale»

In einer ersten Stellungnahme bezeichnet VU-Präsident Günther Fritz den dreiteiligen Lösungsvorschlag als «finanzpo-



Der Urheber der Idee, die höheren AHV-Beiträge mit tieferen Krankenkassenprämien zu kompensieren: Wendelin Lampert.

Bild: Daniel Schwendener

litscher Salto mortale» (siehe Seite 6). Bisher sei die FBP immer vehement gegen eine Erhöhung des OKP-Staatsbeitrages gewesen. Auch torpediere die FBP «ihr bisher postuliertes Prinzip, dass Zweckbindungen nicht in Frage kommen, um finanzpolitisch flexibel zu bleiben und sie torpediert die Be-

mühungen der Vorsteher des Landes um eine umfassende Neuregelung des Finanzausgleichs». Dennoch dürfe man gespannt sein, mit welchen Zahlen die FBP aufwarten werde, «um den Beweis anzutreten, dass es auf allen Seiten nur Gewinner geben wird», so Fritz.

Kommentar

Einmal alles in den Mixer

Grüne «Smoothies» sind im Trend. Wenn man sich zum Frühstück vermeintlich etwas Gutes tun will, dann mixt man Spinat, Broccoli, Ananas und andere Zutaten zu einem dickflüssigen Saft. Das Problem: Am Ende schmeckt es einfach bitter.

Ähnlich verhält es sich beim Vorschlag der FBP zur Sicherung der AHV. Hauptzutat: Alle zahlen mehr. Dazu mixt man die unglöste Neuregelung des Finanzausgleichs durch den eigenen Regierungschef. Und zum Süssen senkt man mit der Giesskanne für alle die Krankenkassenprämien. Resultat ungewiss, aber mitunter bitter.

Besser als «Smoothies» wäre in der Politik reiner Wein, auch wenn dieser vor den Wahlen nicht berauschend ist. Aber für eine Sicherung der AHV ist eine Rentenerhöhung die einzige nachhaltige Lösung.



Patrik Schädler